



HESSISCHER LANDTAG

05. 11. 2024

Plenum

Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Entschlossene Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Südhessen neben dem damit verbundenen Tierleid auch mit hohen Schäden in der Landwirtschaft sowie großen Herausforderungen und Belastungen für die Bevölkerung verbunden ist. Die ASP bedroht nicht nur Wildschweine, sondern bei ungehinderter Ausbreitung auch die landwirtschaftliche Schweinehaltung in Hessen und Deutschland insgesamt. Die Eindämmung des Ausbruchsgeschehens und die Abmilderung der negativen Auswirkungen steht im Interesse des gesamten Landes und hat daher für den Landtag hohe Priorität.
2. Der Landtag dankt den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, vor allem des Technischen Hilfswerks, den Suchhundekräften und den Vertretern von Land- und Forstwirtschaft sowie der Jagd für die konstruktive und enge Zusammenarbeit.
3. Er dankt allen Beteiligten für die bisher geleistete Arbeit und die unmittelbare Krisenreaktion sowie die ergriffenen Maßnahmen. Diese wurde von der zuständigen Experten-delegation der Europäischen Kommission, dem so genannten Veterinary Emergency Teams der Europäischen Union (EUVET), bestätigt. Besonders hervorgehoben wurden die schnellen, zielgerichteten Maßnahmen und die länderübergreifende Kooperation im Seuchengebiet.
4. Er stellt fest, dass diese Anerkennung der engen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, mit den Nachbarländern, Expertengremien, Vertretern der Wissenschaft und den betroffenen Interessengruppen zu verdanken ist. Er bittet daher die Landesregierung, diesen Weg der kreisübergreifenden und dialogorientierten Koordination und Steuerung der Maßnahmen durch das Land fortzusetzen, bis eine verlässliche Lagebestimmung und Eingrenzung des Seuchengeschehens erfolgt ist. Dies dient auch der Unterstützung und Entlastung der betroffenen Kreise.
5. Der Landtag stellt heraus, dass der koordinierten und kreis- und länderübergreifenden Lageerkundung durch intensive Kadaversuche höchste Bedeutung bei der Lagebestimmung des Ausbruchsgeschehens und damit auch dessen Eindämmung zukommt. Er begrüßt daher, dass in Hessen bereits mehr als 100.000 Hektar Fläche nach verendeten Wildschweinen abgesucht wurden. Die intensive Suche durch Kadaversuchhundeteams und Drohnen ist Grundvoraussetzung für eine sachgerechte Abgrenzung der betroffenen Zonen und die daraus abgeleiteten Seuchenbekämpfungsmaßnahmen.

6. Der Landtag ist überzeugt, dass die nötigen Bekämpfungsmaßnahmen langfristig angelegt werden müssen, damit sie die nötige Wirkung entfalten. Die Eigenschaften des ASP-Virus und die Ausbreitung der Seuche erfordern entschlossene Eindämmungs- und Bekämpfungsmaßnahmen, um die Virusverbreitung in der Region einzugrenzen und in der Folge zu stoppen. Er dankt in diesem Zusammenhang den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Verständnis für die ergriffenen Maßnahmen, auch wenn diese teilweise mit Einschränkungen verbunden sind. Nur durch die Akzeptanz der Bevölkerung ist eine effektive Seuchenbekämpfung möglich.
7. Der Landtag ist der Auffassung, dass die hessischen Maßnahmen ganz wesentlich auch dem Schutz anderer Länder vor einer Ausbreitung der Seuche dienen. Angesichts der länderübergreifenden Gefahr ist daher auch eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Seuchenbekämpfung angezeigt. Er bittet die Landesregierung, sich weiterhin für eine solche Beteiligung einzusetzen.
8. Der Landtag hält zudem die verschiedenen Zaunbaumaßnahmen zur Vermeidung der Versprengung von Schwarzwild und damit einer Ausbreitung des Seuchengeschehens für sehr wichtig, um mittelfristig eine regionale Abgrenzung, Eindämmung und Tilgung der ASP zu erreichen und Restriktionen wieder abbauen zu können. Er bittet die Landesregierung daher, den Bau von Zäunen schnell, koordiniert und lageangepasst mit Landesmitteln voranzutreiben.
9. Der Landtag stellt fest, dass die ASP besonders für die regionale Landwirtschaft und dabei in ganz besonderem Maß die regionalen schweinehaltenden Betriebe eine große, teilweise existenzbedrohende Belastung darstellt. Die durch europäisches und nationales Recht determinierten Restriktionen zur Nutzung, Verbringung und Vermarktung von Schweinefleisch sind eine enorme Herausforderung. Er drückt diesen Betrieben und den Menschen, die hinter diesen Betrieben stehen, seine Solidarität aus. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung durch die Vermittlung von Absatzwegen, die Übernahme der Transportkosten für Schweine zum Schlachthof und die Erforschung von Übertragungswegen der ASP wichtige Maßnahmen umsetzt. Er bittet die Landesregierung, den engen Dialog mit der Landwirtschaft und die Unterstützung der Betriebe durch Beratung und Vermittlung von Absatzwegen und weiteren Maßnahmen fortzusetzen, um eine zukunftsfeste heimische Landwirtschaft mit hochwertigen Lebensmitteln zu sichern.

Wiesbaden, 5. November 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert